

KLAR-Zeitung - Zukunft ohne Armut

Die aktuelle Ausgabe der Fraktionszeitung KLAR ist erschienen. Sie zeigt, wie Patient/innen unter Praxisgebühr und Zuzahlungen leiden und für welche sozial gerechten Alternativen DIE LINKE kämpft. Sie veranschaulicht, dass das Bildungspaket Kindern aus armen Familien kaum nutzt und erklärt, mit welchem Konzept DIE LINKE Altersarmut bekämpfen will. Weitere Themen: das Programm der Fraktion für einen unverzüglichen Atomausstieg und die fünf größten Parteispender des Jahres 2009. Deutschland ist ein reiches Land. Trotzdem leben hier immer mehr Menschen in Armut.

2,5 Millionen Kinder leiden darunter. Fast eine Million Männer und Frauen müssen arbeiten gehen, weil ihre Rente zum Leben kaum reicht. Mehr als sieben Millionen Beschäftigte schufteten für Niedriglöhne, viele von ihnen als Leiharbeitskräfte. Das muss nicht sein. Deswegen hat sich Klar, die Zeitung der Fraktion DIE LINKE, in der neuesten Ausgabe diesem Thema angenommen und zeigt, wie DIE LINKE gegen Armut kämpft: mit einem Fünf-Punkte-Plan gegen Altersarmut, einem Mindestlohn von zehn Euro gegen Lohndrückerei und einer Millionärsteuer. Außerdem befasst sich Klar mit dem Programm für einen unverzüglichen Atomausstieg und stellt einen Millionär vor, der fordert: „Ich will mehr Steuern zahlen.“ Dazu gibt es wieder Karikaturen, ein Preisrätsel und vieles mehr. Klar kann per Mail an versand@linksfraktion.de kostenfrei bestellt werden.



Die Rathenower Bundestagsabgeordnete Diana Golze überreichte am Dienstag (3. Mai) eine Sachspende an die Rathenower Kita „Jenny Marx“. Kita-Leiterin Heidrun Höffler nahm u.a. ein Laminiergerät sowie diverse Büromaterialien entgegen.

Raus aus der Atomkraft mit Schutzschirm für Stromkunden

Nachdem die vier Stromriesen seit Jahren Milliarden Gewinne eingefahren haben, dürfen jetzt die Kosten des Atomausstiegs nicht auf die Verbraucher abgewälzt werden. So kritisiert DIE LINKE die ersten Ergebnisse der Ethikkommission für Energiepolitik. Die Fraktion DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Stromkund/innen, um die Energiewende sozial zu gestalten.

Anlässlich des 25. Jahrestags des GAUs von Tschernobyl lassen wir keinen Zweifel daran, dass die Konsequenz heißen muss: „Raus aus der Atomkraft, so schnell es nur geht“. Die Verharmlosung der Opferzahlen durch die Weltgesundheitsorganisation WHO ist ein Skandal und wir fordern, endlich die wahren Kosten der Atomwirtschaft sichtbar zu machen.

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Newsletter 5

Mai 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes-
und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

der 66. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Hitlerfaschismus ist Mahnung und Verpflichtung zu Demokratie und Toleranz. Der Tag der Befreiung ist ein Tag des ehrenden Gedenkens an die Opfer rassistischer und politischer Verfolgung und an den antifaschistischen Widerstand. Der 8. Mai 1945 markiert den Sieg über faschistische Barbarei und Krieg. Er beendete das millionenfache Morden der Nazis. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen, schwor damals die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Leider ist dieses Versprechen in der Nachkriegszeit im Jugoslawien-Krieg gebrochen worden. Das Erstarken rechtsextremer und antisemitischer Kräfte in Deutschland und Europa erfüllt mich mit Sorge. Deshalb müssen alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte das höchste Gut - Leben in Frieden und Demokratie - energisch verteidigen. Jene, die versuchen, die Geschichte zu verzerrern, die Ermordeten zu verleugnen und abermals eine Herrschertheorie in Deutschland zu etablieren, dürfen keine Chance bekommen. Wir sind dafür verantwortlich, Demokratie zu leben und das Miteinander aller Menschen zu vermitteln, Krieg als Form der Auseinandersetzung zu verdammen. Für DIE LINKE gilt: Niemals ist Krieg ein Mittel zur Lösung von Konflikten. Deshalb müssen alle deutsche Soldaten sofort weltweit aus den Kriegsgebieten abgezogen werden. DIE LINKE streitet konsequent für Frieden und Demokratie.

Viel Spaß beim Lesen! Diana Golze

Spruch des Monats

„Brandenburg hat nach zehn Jahren endlich eine Opposition, die der Platzek-Regierung beim eingeschlagenen sozialistischen Umbau unseres Landes nicht mehr tatenlos zuschaut“, sagt Saskia Ludwig. Dazu nur mal eine kleine Frage an die CDU-Oppositionsführerin: Hat Platzek den sozialistischen Umbau schon mit Schönbohm und Junghanns begonnen?

TERMINE

13.5. 15-21 Uhr 6. Runder Tisch Friedensbewegung, Bundestag

16.5. Kindertag im Bundestag

18.-22.5. Frühlingsakademie der LINKEN, Werbellinsee

26.5. 13-17 Uhr Fachgespräch „Klimaschutz und sozialverträgliche Gebäudesanierung“, Berlin, Bundestag

27.5. 11-16 Uhr Fachgespräch Zweiter bundesweiter Erfahrungsaustausch „Arbeit in den Beiräten der Jobcenter“ Berlin, Reichstag, Fraktionssaal

27.-29.5. Fest der LINKEN, Berlin, Kulturbrauerei

28.5. 11-16 Uhr Fachtagung zum Bildungs- und Teilhabepaket in der Hellen Panke, Kopenhagener Straße 9, Berlin

29.5. 10 Uhr Kinder- und Familienfest DIE LINKE Brandenburg an der Havel, Waldcafé Görden

1.6. 14 Uhr Kinderfest DIE LINKE und Bündnispartner Rathenow, Hagenplatz

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Der Osten ist abgehängt

Blühende Landschaften, keinem wird es schlechter gehen Jährlich hören wir große Versprechen der CDU für den Osten. Unglücklich nur, dass die Realität oft anders aussieht. Klar, es ist viel passiert in den letzten 20 Jahren. Schaut man sich Fotos von „damals“ an, staunt man schon. Das wollen wir auch gar nicht klein reden.

Aber ist die Einheit wirklich schon hergestellt? Gibt es gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie vom Grundgesetz vorgeschrieben werden? Scheinbar hatte Angela Merkel im Wahljahr 2009 einen anderen Eindruck. Warum sonst versprach sie damals, den Osten wieder zur Cheffinnensache zu machen?

Die Einkommen im Osten liegen rund ein Fünftel unter dem Bundesdurchschnitt, der Anteil der ALG-II-EmpfängerInnen dagegen erheblich darüber. In vielen Städten lebt mehr als ein Drittel aller Kinder in Armut. Das Gewerbesteueraufkommen der Kommunen beträgt nur 60 Prozent des Westniveaus, bei der Einkommenssteuer sind es gar nur 45 Prozent. Nein, trotz aller Fortschritte und aller Leuchttürme kann man nicht anders als festzustellen, dass der Osten abgehängt ist.

Innenminister Friedrich hat für Ostdeutschland genauso viel übrig, wie BMW für umweltfreundliche Verkehrspolitik. Noch vor

seiner Amtsübernahme legte er fest, dass nicht er, sondern nur sein Parlamentarischer Staatssekretär für Ostdeutschland verantwortlich sein wird. So sieht die Chefsache bei der Union aus.

Die Fraktion DIE LINKE fordert, im Geschäftsbereich der Kanzlerin eine/n Beauftragte für Ostdeutschland mit dem Rang einer/s Staatsministerin/s einzusetzen. Zum einen kann nur so das weitere Auseinanderklaffen der Schere zwischen Ost und West vermieden werden. Zum anderen bestünde die Chance, auch strukturschwache Regionen des Westens vor dem Schicksal des Ostens zu bewahren.

In Berlin und Brandenburg versucht DIE LINKE in den Landesregierungen mit Maßnahmen wie dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor die Nachteile der Bundespolitik auszugleichen. Arbeitsministerin von der Leyen (natürlich CDU) torpediert dies permanent. Sie zwingt Erwerbslose lieber in kurzfristige und nicht Existenz sichernde Maßnahmen, statt langfristig anständig bezahlte Arbeit zu ermöglichen. Manche Wahlversprechen der Kanzlerin wären eine Umsetzung wert. DIE LINKE bietet ihre Ostkompetenz hilfreich an.

Die Sozialkürzungen können jetzt vollständig zurückgenommen werden. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen muss in eine sozialökologische Energiewende investiert und das letzte Drittel sollte für den Schuldenabbau genutzt werden.

Mit Steuermehreinnahmen mehr Gerechtigkeit schaffen

Die Steuerschätzer rechnen mit Steuermehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von insgesamt 136 Milliarden Euro bis Ende 2014. DIE LINKE schlägt vor, ein Drittel der Steuermehreinnahmen für die Beseitigung von Armut sowie die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen zu nutzen.

Frischer Auftritt für www.mitmischen.de

Das Jugendportal des Deutschen Bundestages hat einen neuen Look. Der Internetauftritt des Bundestages für junge Menschen, www.mitmischen.de, wurde gründlich überarbeitet. Mit aktuellen Themen aus dem Parlament und neuen interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten richtet sich die Website an Kinder und Jugendliche zwischen 11 und 20 Jahren.

Alle Texte werden um Fotostrecken, Videos oder Audiobeiträge ergänzt. Sämtliche Beiträge verfassen Jugendliche im Alter zwischen 14 und 24 Jahren selbst, angeleitet von jungen Redakteurinnen und Redakteuren der mitmischen-Redaktion. So wird einerseits eine hohe journalistische Qua-

lität sichergestellt, aber auch auf Augenhöhe mit den Jugendlichen kommuniziert. Inhalt, Stil und Sprache entsprechen der jungen Zielgruppe. Für junge Autor/innen bietet sich hier eine hervorragende Möglichkeit, das journalistische Schreiben zu erlernen. Monatlich verzeichnet [mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) rund 250.000 Seitenabrufe und verfügt über eine aktive Community von rund 10.500 angemeldeten Nutzer/innen. Einsteigen kann jeder, etwa durch die Teilnahme an Abstimmungen, das Kommentieren von Artikeln oder den Austausch im Forum. Die Themen orientieren sich hauptsächlich an aktuellen Debatten und Themen im Parlament. <http://www.mitmischen.de/> Macht mit!

DIW-Zahlen sollen Bildungspaket-Flop relativieren

Das DIW arbeitet nach dem Prinzip ‚Wes Brot ich ess, des Lied ich sing‘. Mit der überaus fragwürdigen Korrektur der Kinderarmutsquote von 16,3 Prozent auf 8,3 Prozent macht das Institut einmal mehr deutlich, für welche Politik sie bereitwillig Schmiere steht. Die neuen Zahlen, die offenbar den Bildungspaket-Flop von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen kaschieren und relativieren sollen, entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Als empirisches Meisterstück kann man eine telefonische Befragung nach dem Prinzip ‚Guten Tag, ist ihr Kind arm?‘ wohl kaum bezeichnen. Eine Feldstudie zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik – zum Beispiel an Kitas und Schulen – würde dem DIW zu etwas mehr Realitäts-

sinn verhelfen. Steuerpolitisches Fachwissen um die Verrechnung des Kindergelds mit dem Hartz IV-Regelsatz hätte uns zudem die peinliche Mär von der angeblich viel zu teuren Kindergelderhöhung erspart. Denn Fakt ist: Nur Haushalten, die über ein zu versteuern des Erwerbseinkommen verfügen, kommt die Kindergelderhöhung in vollem Umfang zugute. Haushalte im Hartz IV-Bezug profitieren von der Erhöhung hingegen überhaupt nicht.

Durch neue fragwürdige Zahlen lässt sich die Kinderarmut vielleicht aus der Statistik verbannen, aber nicht aus Kitas, Klassenzimmern und Sozialwohnungen. Wenn die Bundesregierung meint, das Problem auf diese Weise bekämpfen zu können, wird sie früher oder später mit der Realität in Konflikt geraten.“

Kritik an Hinrichtung von bin Laden

In Deutschland regt sich breite Kritik am Vorgehen der US-Regierung gegen Osama bin Laden und die Freude der Bundeskanzlerin darüber. DIE LINKE nennt die Aktion eine „außergerichtliche Hinrichtung“ und fordert den Abzug aus Afghanistan als logische Schlussfolgerung aus bin Ladens Tod. Ein

Gerichtshof statt ein Kommandounternehmen wäre zuständig gewesen.

Die im Zuge des 11. September 2001 durchgesetzten Eingriffe in die Grundrechte, die auslaufenden Anti-Terror-Gesetze, will Innenminister Friedrich (CSU) verlängern.

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!